

Schlußbetrachtung

„Bei der Darstellung der amerikanischen Besatzungspolitik [. . .] werden im allgemeinen zwei gegensätzliche Richtungen unterschieden: die eine, die Deutschland so schnell wie möglich zum amerikanischen Verbündeten gegenüber der Sowjetunion machen wollte; und die andere, die [. . .] Deutschland bestrafen, zerschlagen, ‚pastoralisieren‘ wollte. Vernachlässigt wird, gerade auch von der deutschen Forschung, eine dritte Richtung, die dazwischen lag und die vielleicht sogar damals die vorherrschende war – bei den Emigranten ohnehin, aber eben auch in den amerikanischen Regierungsstellen.“

John Herz¹

Die eingangs gestellte Frage – „Do Americans know what is going on in the world?“ – verweist auf ein Klischee, mit dem sich die „Alte Welt“ gerade in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg gelegentlich über die Vormachtstellung der „Neuen Welt“ hinwegtröstet hat. In Deutschland hatte man solchen Trost vor allem während der Besatzungszeit besonders nötig.² Das Bild der amerikanischen Deutschlandpolitik der ersten Nachkriegsjahre ist davon nicht unbeeinflusst geblieben: Die amerikanischen Besatzer sind vielen als „Kreuzfahrer“ in Erinnerung geblieben – als „Kreuzfahrer“, die ein System vernichten wollten, das der Mehrheit der Besetzten schon in der „Stunde Null“ untergegangen zu sein schien; die Demokratie, zu der die Sieger die Besiegten bekehren wollten, war für viele ungläubwürdig oder fremd, die damit verbundene Politik in einem vom Krieg zerstörten Land unsinnig und realitätsfern. In dem sich abzeichnenden und bald zuspitzenden Ost-West-Antagonismus wurde die Besatzungsmacht zwar zunehmend auch Schutzmacht, doch angesichts der damit einhergehenden Ausprägung zweier deutscher Staaten sahen viele den anfänglich propagierten Idealismus als eine moderne, säkularisierte Variante des alten Anspruchs cuius regio eius religio entlarvt. Die schrittweise Westintegration der Bundesrepublik und die dadurch bald wiedererlangte „Respektabilität“ hat allerdings letztlich eine Mehrheit mit diesen Entwicklungen ausgesöhnt und schließlich auch manche ehemals bittere Beurteilung gemildert.

Die hier skizzierten Stimmungslagen haben sich mehr oder minder deutlich auch in der Fachliteratur niedergeschlagen. Vor dem Hintergrund einer Neubewertung der Ursprünge und Mechanismen des Kalten Krieges³ sind seit Beginn der achtziger Jahre jedoch sowohl „realistische“ wie „revisionistische“ Interpretationen verschiedener Aspekte der amerikanischen Deutschlandpolitik der Nachkriegszeit in Einzelstudien modifiziert worden; sozialgeschichtliche Lokalstudien haben zudem den Blick dafür geschärft, daß die Deutschen während der Besatzungszeit mitnichten auf ein „Trizoniesier“-Dasein reduziert waren.

Das sich so abzeichnende differenziertere Bild der amerikanischen Deutschlandpolitik der ersten Nachkriegszeit weist freilich noch eine ganze Reihe weißer Flecken auf.

¹ Im Gespräch mit Alfons Söllner in: ders. (Hrsg.), *Archäologie der Demokratie*, Bd. 2, S. 37.

² Vgl. dazu und zum Folgenden z. B. Merritt/Merritt, *Public Opinion in Occupied Germany*, sowie die Hinweise bei Krieger, General Lucius D. Clay, S. 517 ff.

³ Vgl. dazu z. B. Gaddis, *The Emerging Post-Revisionist Synthesis on the Origins of the Cold War*, in: *Diplomatic History* 7 (1983), S. 171–204.

Mit der vorliegenden Arbeit ist versucht worden, zur Vervollständigung dieses Bildes beizutragen. Immer wieder ist hier die These vertreten worden, daß die vorherrschende Interpretation der R&A-Deutschlandanalysen als Zeugnisse eines ideen- und wissenschaftsgeschichtlich faszinierenden, aber politisch unbedeutenden Versuchs deutscher Linksintellektueller, ein ihren Idealen entsprechendes, doch kaum mit den Vorstellungen amerikanischer Regierungsbehörden zu vereinbarendes „anderes Deutschland“ auf den Weg zu bringen, zu kurz greift. Denn wenn man die Analysen der R&A-Branch in ihrer Zweckbestimmung ernst nimmt und sie als „intelligence“ für die am Prozeß der Formulierung, Planung und Umsetzung der amerikanischen Deutschlandpolitik beteiligten Beamten, Politiker und Militärs untersucht, sind sie nicht nur in dem von Söllner definierten Sinne „archäologische Dokumente“. Sie lassen dann vielmehr die eingangs angesprochene – von der Historiographie bislang tatsächlich eher vernachlässigte – „dritte Richtung“ amerikanischer Deutschlandpolitik erkennen, und vieles spricht dafür, daß diese „dritte Richtung“ bis zu der von Morgenthau im Sommer 1944 eingeleiteten Verschärfung der amerikanischen Deutschlandplanung zwar nicht auf der Ebene der „Großen Drei“, aber doch in den US-Planungsstäben „die vielleicht sogar [...] vorherrschende war“.

Der Beitrag, den R&A zu den während der letzten beiden Kriegsjahre in Washington angestellten deutschlandpolitischen Überlegungen leistete, umfaßte mehr als eine Reihe von Einzelstudien, denn den Arbeiten der Abteilung lag eine in sich weitgehend schlüssige deutschlandpolitische Konzeption zugrunde, die die R&A-Deutschlandexperten – ganz offensichtlich stark beeinflusst von ihrem „recognized intellectual leader“, Franz Neumann – aus ihren Analysen des „Dritten Reiches“ entwickelt hatten. Daß diese Konzeption so unübersehbar von dem in der Abteilung prominent vertretenen „linkshegelianischen Weltgeist“ geprägt war, bedeutete keineswegs, daß R&A eine Außenseiterposition einnahm.

Zwar kam es während der Arbeit an den Civil Affairs Guides zuweilen zu hitzigen Debatten, doch wurden diese nicht etwa dadurch ausgelöst, daß R&A linksradikale Positionen vertrat. Ganz im Gegenteil zogen die R&A-Deutschlandexperten Kritik auf sich, weil ihre Empfehlungen allzusehr an der vom War Department gewünschten „limited liability“ der Militärregierung orientiert schienen. Ob dies, wie Söllner vermutet hat, als „strategische Zurückhaltung“ angesichts eines von R&A unterstellten Konservatismus des War Department zu bewerten ist, scheint zweifelhaft, denn die von R&A vertretenen Positionen lassen sich nicht weniger schlüssig erklären, wenn man die in den Studien zum nationalsozialistischen Deutschland erkennbaren Erwartungen der Abteilung an die vom Nationalsozialismus befreite deutsche Arbeiterschaft in Rechnung stellt. Freilich war die Hoffnung, daß die Militärregierung die Entfaltung der von R&A geforderten „social revolution“ wohlwollend unterstützen würde, kaum realistisch. Gleichzeitig darf aber nicht übersehen werden, daß auf der Ebene, auf der die R&A-Studien rezipiert wurden, tatsächlich ein gewisser Konsens darüber vorhanden war, daß tiefgreifende soziale und politische Reformen eine unerläßliche Voraussetzung für eine Demokratisierung Deutschlands waren, obwohl es, wie vor allem die Kontroversen zwischen FEA und R&A zeigen, durchaus unterschiedliche Vorstellungen darüber gab, wie sich diese Demokratisierung im einzelnen vollziehen sollte.

Doch die für eine Demokratisierung Deutschlands notwendigen Rahmenbedingungen definierten Denkschriften des State Department kaum anders als R&A-Studien,

und die als Begründung vorgetragene Argumente unterschieden sich manchmal nur durch eine geringfügig andere Wortwahl. Während sich eindeutige Verbindungen zwischen R&A-Studien und Positionspapieren des State Department nur in Einzelfällen nachweisen lassen, deuten doch eine ganze Reihe von Indizien – wie etwa die starke Inanspruchnahme von R&A – darauf hin, daß man die Arbeit der Abteilung vor allem im State Department, aber auch in anderen Behörden, schätzte. Insgesamt dürften die von R&A zwischen 1943 und 1945 ausgearbeiteten Studien so als ein Beitrag zu der in Washington geführten deutschlandpolitischen Diskussion zu werten sein, den es für ein differenzierteres Verständnis der längerfristigen Entwicklung der amerikanischen Deutschlandpolitik zu berücksichtigen gilt.

Freilich zeichnete sich schon seit der von Finanzminister Morgenthau im Sommer 1944 ausgelösten Verschärfung der in Washington erwogenen deutschlandpolitischen Maßnahmen ab, daß die von R&A immer wieder formulierte Mahnung, daß das vorrangige Kriegsziel der Alliierten – die dauerhafte Ausschaltung Deutschlands als Aggressor – in der Nachkriegszeit mit politischem Augenmaß und Verantwortungsbeußsein als „Friedensziel“ umgesetzt werden müsse, nicht beachtet werden würde. Obwohl die Gegner der unter dem Eindruck von Morgenthaus Initiative formulierten Deutschlandpolitik schrittweise Revisionen durchsetzten, wurden doch die Weichen dafür gestellt, daß die amerikanische Administration eine Deutschlandpolitik verfolgen würde, in der die in Grundzügen weitgehend übereinstimmenden Empfehlungen ihrer Deutschlandexperten kaum zu erkennen waren.⁴

Konzentriert man sich auf die Untersuchung der tatsächlich realisierten US-Besatzungs- und Deutschlandpolitik, so geraten in der Planungsphase entwickelte Alternativen und ihr Weiterwirken leicht in Vergessenheit. Gerade bei der Beschäftigung mit der Entstehungsphase des Kalten Krieges wird dadurch unter Umständen unzulässigen Vereinfachungen Vorschub geleistet, die schnell zu fehlgeleiteten Beurteilungen führen können. Insofern sind die ab 1945 entstehenden R&A-Deutschlandanalysen eine besonders interessante Quelle, denn sie bewahren diese Alternative – seit Herbst 1945 im State Department – noch weit bis in das Jahr 1947, das mit der Verkündung der „Truman-Doktrin“ den gewissermaßen offiziellen Beginn des Kalten Krieges markiert. Daß einigen der grundlegenden, schon 1943 in R&A-Deutschlandstudien formulierten Positionen ausgerechnet in dieser Situation – freilich für ein geteiltes Deutschland und ein geteiltes Europa – der Rang von Binsenwahrheiten zuwuchs, mag fast schon als Ironie der Geschichte anmuten.

So hätte wohl auch keiner der R&A-Deutschlandexperten der These zugestimmt, „[that the] policy of 1947 was [. . .] ready by August 1944“⁵. Obwohl die amerikanische Deutschlandpolitik seit der im September 1946 von Außenminister Byrnes in

⁴ Allerdings scheint nicht nur die US-Administration die Empfehlungen ihrer Deutschlandexperten ignoriert zu haben, vgl. in diesem Zusammenhang Kettenackers Darstellung der britischen Deutschlandplanung: Krieg zur Friedenssicherung; auch die unterhalb der Ebene der „Großen Drei“ während des Krieges stattfindenden Gespräche vermitteln zuweilen den Eindruck, daß man sich auf dieser Ebene über einige der zentralen deutschlandpolitischen Fragen durchaus hätte einigen können (vgl. dazu z. B. V., 2. Teil, Anmerkung 95).

⁵ Peterson, *American Occupation*, S. 37, vgl. aber auch S. 351, wo Peterson darauf verweist, daß die „Politik von 1944“ 1947 in einem grundlegend veränderten politischen Klima umgesetzt wurde.

Stuttgart gehaltenen Rede immer mehr Elemente enthielt, die den von US-Planungsstäben vor dem Eingreifen Morgenthaus entwickelten Vorstellungen ähnelten, ließen sich diese auf eine Fortsetzung der interalliierten Kooperation rechnenden Konzeptionen 1947 bestenfalls modifiziert, aber damit auch in ihrer ursprünglichen Intention geschwächt, umsetzen. Unverkennbar hatten die Entwicklungen der Nachkriegszeit kaum eine der Hoffnungen, aber viele der in R&A-Studien formulierten Befürchtungen erfüllt. Es ist müßig zu spekulieren, ob es umgekehrt gewesen wäre, wenn die amerikanische Politik den von R&A gegebenen Empfehlungen und Warnungen entsprochen hätte⁶. Zwar ließen sich die Hoffnungen der Abteilung im Rückblick leicht als unrealistisch abtun, und ebenso leicht ließe sich kritisieren, daß die von R&A angenommenen politischen Rahmenbedingungen einen allzu rationalen politischen Prozeß voraussetzten; doch sollte es zu denken geben, daß die britischen Deutschlandexperten manche dieser im nachhinein so leicht als „falsch“ zu identifizierenden Vorstellungen teilten und letztlich ebensowenig wie ihre Kollegen in R&A die „Grenzen rationaler Planung“ überschreiten konnten.

⁶ Die Frage, inwieweit die von den Alliierten betriebene Politik die allseits festgestellte politische Apathie der Deutschen nach der Kapitulation förderte, hat Dülffer in seiner Rezension von Kettenackers Darstellung der britischen Deutschlandplanung (Krieg zur Friedenssicherung) aufgeworfen in: *Das Parlament*, 16–17, 13./20.4. 1990. Zum Folgenden siehe Kettenackers zusammenfassende Betrachtung zu den „Grenzen rationaler Planung“ in: ders., *Krieg zur Friedenssicherung*, S.517–536.